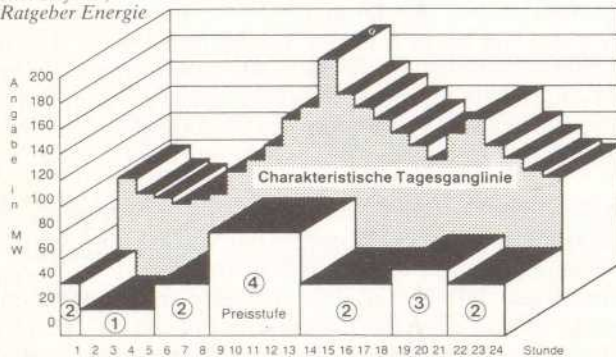


Der lineare Tarif ohne Grundgebühr ermöglicht auch dem Laien Energiespareffekte sofort monetär auszudrücken.

1981 wurde mit der Einführung dieser Energiedienste begonnen. Pro Jahr werden von Architekten und Heizungsingenieuren 600 – 700 Haus-Expertisen durchgeführt und über 36.000 individuelle Energieberatungen seither gezählt. Der Verbraucher wird sukzessive und immer entlang seinen eigenen Einsichten und (monetären) Interessen an die Problematik herangeführt, mit einem Gutachten zur eigenen Entscheidungsfindung ausgestattet und weiterhin technisch wie finanziell bei der Umsetzung unterstützt. Nur so läßt sich wohl die starke Akzeptanz der Energiesparmaßnahmen und die soziale Durchsetzungsfähigkeit des Konzeptes erklären, denn viele Bereiche der Energiedienstleistungen werden letztendlich stark vom Verbraucherverhalten mitbestimmt. Neben stringenten Energiekonzepten betreiben die Stadtwerke deshalb auch experimentelle Projekte und empirische Untersuchungen über das Verbraucherverhalten. So auch beim aktuellsten Modellvorhaben, die Erprobung eines zeitvariablen, linearen Stromtarifs (ZVLST).

Die allgemeine, bundesweit verbindliche Tarifordnung für Strom (die auf gesetzliche Regelungen aus dem Jahre 1938 (!) zurückgeht) legt ein degressives Abrechnungssystem mit hohem Grundpreis und je nach Abnahmemenge geringerem Arbeitspreis fest. Energiemehrverbrauch wird damit rabattiert, Einsparung dagegen bestraft. Erster Schritt im Sinne einer Stromsparmotivierung wäre demnach die Einführung eines einfach linearen Tarifs. Energietechnisch wünschenswert wäre weiterhin eine Verstetigung des Verbrauchs, denn gerade die Lastspitzen sind für die EVUs am teuersten, deshalb also ein zeitvariabler Tarif.

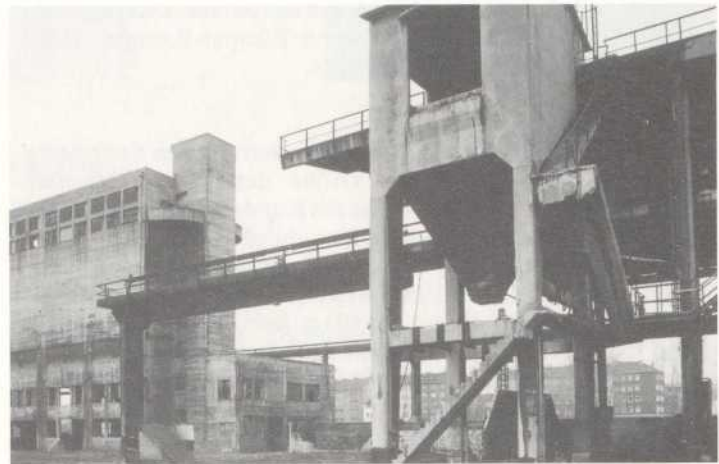
Quelle: Seifried,
in: Ratgeber Energie



Von 1500 Test-Haushalten werden 300 mit einem dialogfähigen Kleincomputer namens SESAM (System für Energie-Spar-Management) ausgestattet und können, falls es für sie günstiger ist, über den linearen, zeitvariablen Tarif abrechnen. SESAM ermöglicht dem Verbraucher, seinen jeweiligen Tarifsatz und Stromverbrauch zu überprüfen und auch ältere Werte abzufragen. 600 weitere Haushalte erhalten einen einfachen Meßwertspeicher, rechnen aber wie die erste Gruppe über ZVLST ab. Die restlichen dienen als Referenzgruppe. Untersucht werden soll in einem 18-monatigen Meßprogramm die betriebswirtschaftliche Seite für den Energieerzeuger, die Sozialverträglichkeit und ob sich das Verbraucherverhalten dem neuen Tarifsystem anpaßt (etwa dadurch, Waschmaschinen nur in den Abendstunden zu betreiben). Aber selbst wenn das Experiment in zwei Jahren mit positivem Ergebnis abschließen sollte, steht immer noch dahin, ob sich die anderen EVUs den Argumenten beugen werden und zu einer Novellierung des Tarifsystems überhaupt bereit sind. Hier scheint eindeutig politische Diskussion und legislative Initiative vonnöten. Das Saarbrücker Experiment kann hierfür wertvolle Argumente liefern.

Auch die Saarbrücker GRÜNEN – vertreten durch ihren energiepolitischen Sprecher, den Physiker Jürgen Meereis – sind mit dem Energiekonzept vom Prinzip her einverstanden. Kritik wird eher am Detail geäußert, etwa an gewissen zentralistischen Tendenzen des Energieschienenkonzeptes zwischen großen Kraftwärmeeinheiten. Zu wenig berücksichtigt sei die Möglichkeit einer Vernetzung dezentraler Blockheizkraftwerke. Oder daß die potentielle Nutzung regenerativer Energien zu wenig systema-

tisch betrieben, sondern eher über publikumsträchtige Versuchsbauten angegangen wird. Das bisher originellste Lob – neben der Verleihung des Umwelt-Sonderpreises 1987 durch den Deutschen Städtetag – erhielt die Energiepolitik Saarbrückens durch eine Umweltschutzorganisation. Aktivisten von Robin Wood befestigten kurz vor Einweihung der Turbinenanlage des Heizkraftwerks Römerbrücke Zwo in 160 m Höhe am Schornstein ein Transparent, wahrscheinlich bundesweit die erste zustimmende Demonstration zu einem energietechnischen Bauwerk dieser Größenordnung.



untergehende Schwerindustrie

Die Zukunft eines Industrietales

Die Region Saarbrücken krankt an ökonomischer Auszehrung, ökologischen Schäden und Bevölkerungsrückgang. In der Nettobilanz hat sich die Bevölkerung innerhalb von 10 Jahren um ca. 20.000 Einwohner auf 186.000 verringert. Davon gehen fast die Hälfte auf Abwanderungsverluste im Zuge einer Nord-Süd-Drift zurück. Die Arbeitslosenquote macht mit über 18% das Doppelte des Bundesdurchschnitts aus. Dieser industrielle und bevölkerungsmäßige Schrumpfungsprozeß scheint noch nicht zu Ende – davon gehen die Saarbrücker Stadtentwicklungsplaner um Arno Deubel jedenfalls aus. Die Neuansiedlung zukunftsorientierter Unternehmen bereitet zunehmend Schwierigkeiten, zu unattraktiv erscheint ein Standort, der noch stark von den Altlasten aufgelassener Schwerindustrien geprägt ist. Süddeutsche Standorte werden von aufstrebenden Industriebranchen heute vor allem deshalb gewählt, weil dort Naturverhältnisse noch ‚unverbraucht‘ vorliegen, der Freizeitwert des Arbeitsstättenumfelds sich entsprechend höher darstellt. Noch wenig berührte, ökologisch intakte Verhältnisse werden damit sehr direkt zu ökonomischen Verwertungskategorien und unterliegen im Konkurrenzkampf der Länder, Regionen und Kommunen gleichzeitig einem nicht zu verantwortenden Verschleiß. Verantwortliche Förderungspolitik müßte dem entgegensteuern.

Dieser Kerngedanke liegt dem Forschungsantrag „Ökologische Stadterneuerung Saarbrücken“ zugrunde. Er zentriert die Frage auf die Reparatur der Saarbrücker Flußauwe, die als Hauptschiene der Industrialisierung mit Problemen von Industriebranchen, Altlasten, Emissionen und Verkehrsüberlastung und Emissionen durch die Stadtautobahn zu kämpfen hat. Die seit prähistorischen Zeiten in ihrem Wert geschätzte Lebensader soll als geographische und naturräumliche Einheit der Stadt rehabilitiert werden. Die Grundthese der Saarbrücker Planer lautet, daß die Entwicklung von Reparaturmaßnahmen in einer derzeit verfahrenen ökologischen Situation überhaupt erst Voraussetzung für die zukünftige ökonomische Stabilisierung der Region ist. Dieser realistische Umgang mit den eigenen Problemen erscheint weit erfolgversprechender als jenes panikartige Ausweisen von Erfinderparks und Technologiezentren durch manche Städte, die hoffen, damit wenigstens noch als Trittbrettfahrer auf längst Richtung Süden abgefahrene High-Tech-Züge der Datenverarbeitungstechnologien aufspringen zu können.